

# Entweder Tausende Windräder oder zwei neue AKW – was wählt die Schweiz?

**Kehrtwende in der Atomfrage** Nach Bundes- und Ständerat hält nun auch der Energiekonzern Axpo den Bau neuer AKW für eine Lösung, damit der Schweiz der Strom nicht ausgeht. Allerdings geknüpft an eine klare Bedingung.

**Benjamin Bitoun**

«Verrat an der Energiewende», «bedenkliche Rolle rückwärts» oder «wichtiger Paradigmenwechsel»: Kaum je zeigt sich die politische Zugehörigkeit deutlicher als in der Wortwahl, mit der die politische Kehrtwende in der Atomfrage beschrieben wird.

Während nach dem Bundesrat auch der Ständerat neue AKW wieder zulassen will, reagierten die Energiekonzerne dazu stets ausweichend oder ablehnend – bis jetzt.

In einer gestern veröffentlichten Analyse zur Energieversorgung legt die Axpo die Zurückhaltung ab. Die grösste Stromproduzentin des Landes warnt: «Macht die Schweiz weiter wie bisher, ist die Stromversorgung gefährdet – mit enormen Risiken und Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft.»

Der Energiekonzern sieht zwei Möglichkeiten, damit der Schweiz künftig nicht der Strom ausgeht: Eine trägt dem politischen Comeback der Atomenergie und jüngsten Umfrageergebnissen Rechnung, wonach eine Mehrheit der Befragten den Bau neuer AKW wieder ermöglichen möchte.

## Die beiden Szenarien der Axpo-Energieexperten

Konkret skizzieren die Energieexperten der Axpo zwei Pfade zu einer CO<sub>2</sub>-armen Energieversorgung. Szenario 1 setzt auf einen markanten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, ergänzt durch Gaskraftwerke, die im Winterhalbjahr verlässlich den fehlenden Strom produzieren.

Die grössere politische Sprengkraft birgt Szenario 2. Dieses sieht ein Comeback der Atomkraft in der Schweiz und den Neubau von zwei grossen Kernkraftwerken vor. Damit befeuert der Konzern den Kurswechsel, den Energieminister Albert Rösti (SVP) als Antwort auf die «Blackout-Initiative» der Initianten um Multimillionär Daniel Aegerter angestossen hat.

Anstatt auf neue Standorte zu setzen, könnten die modernen Grossreaktoren dort entstehen, wo bereits heute AKW stehen – etwa in Gösgen oder Leibstadt. Das würde laut der Axpo den Bedarf an massiven Eingrif-



Das Kernkraftwerk Leibstadt: An dieser Stelle könnte gemäss der Axpo nach Betriebsende ein neues AKW gebaut werden. Foto: Madeleine Schoder

fen in die Landschaft durch Tausende neue Windräder deutlich reduzieren.

## Der Staat müsste die hohen Kosten selber tragen

Auf den ersten Blick scheint die Kehrtwende der Axpo in der Atomfrage erstaunlich. Neue AKW? «Lohnt sich nicht», winkten die Spitzen der grossen Schweizer Energiekonzerne bis-



Christoph Brand, Chef des Stromkonzerns Axpo. Foto: PD

lang stets ab. Unmittelbar nach dem Entscheid von Bundesrat Rösti zur Aufhebung des Neubauverbots stellte Axpo-CEO Christoph Brand unmissverständlich fest: «Die Wirtschaftlichkeit neuer Kernkraftwerke heutiger Generation ist in der Schweiz nicht gegeben.»

Aus diesem Grund knüpft die Axpo den Neubau von AKW an strenge finanzielle Bedingungen: Ohne staatliche Risikoübernahme stehe ein AKW-Neubau für die Axpo «aufgrund untragbarer finanzieller Risiken» aktuell nicht im Vordergrund. Das heisst: Wollen Bundesrat, Parlament und die Stimmbevölkerung ein Comeback der Kernkraft, müssen sie die Kosten selber tragen. Der Konzern sieht sich primär in der Rolle einer Betreiberin, während die finanziel-

le Verantwortung beim Bund liegen müsste.

Hintergrund sind die Erfahrungen aus den USA, Finnland oder Frankreich, wo neue Kernkraftwerke sehr viel teurer wurden als geplant. Für das französische Flamanville beispielsweise bezifferte der französische Rechnungshof die Gesamtkosten zuletzt auf über 22,6 Milliarden Euro – ein Vielfaches der ursprünglichen Schätzungen.

## Die Winterstromlücke als Auslöser

Laut der Axpo ist ein Realitätscheck in der Energiepolitik vor allem deshalb dringend nötig, weil die Schweiz vor einer grossen Versorgungslücke im Winter steht. Sie warnt: «Allein der geplante Ausstieg aus der Kernenergie führt zum Wegfall von mehr als ei-

nem Drittel der heutigen inländischen Winterstromproduktion.»

Gleichzeitig komme der Ausbau der Erneuerbaren zu langsam voran. Wasserkraft bleibt laut der Axpo zwar das Rückgrat der Versorgung, hat aber kaum noch Ausbaupotenzial. Gleichzeitig stosse der forcierte Solarausbau im Winter an seine Grenzen, da Photovoltaikanlagen in den dunklen Monaten nur einen Bruchteil ihrer Leistung erbringen.

Der Strom in den dunklen Wintermonaten könnte zunehmend auch aus Schweizer Windparks stammen. Doch bis neue Windräder – wenn überhaupt – ans Netz gehen, dauert es im Schnitt 15 Jahre.

Erschwerend kommt hinzu: Durch die Dekarbonisierung des Verkehrs, der Heizungen sowie durch den Hunger von Rechen-

zentren und künstlicher Intelligenz verschärft sich der Stromengpass stärker als ursprünglich prognostiziert. Laut der Analyse der Axpo sind allein für das Winterhalbjahr rund 25 Terawattstunden zusätzlicher Strom nötig. FDP-Ständerat Thierry Burkart bezeichnete eine mögliche Strommangellage jüngst als «mit Abstand das teuerste und grösste Risiko» für das Land.

## Keine staatliche Förderung von Solaranlagen mehr?

Unabhängig vom gewählten Szenario fordert die Axpo bereits jetzt rasche Änderungen in der Energiepolitik. Zwar steht bei den Massnahmen der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke ganz oben. Doch besonders brisant für Hunderttausende private Hausbesitzer ist ein anderer Punkt: Die Axpo fordert eine radikale Kehrtwende bei der staatlichen Förderung von Solaranlagen.

Das bisherige «Giesskannenprinzip» solle beendet werden. Stattdessen sollten Fördermittel künftig ausschliesslich dorthin fliessen, wo sie den grössten Nutzen für die Winterversorgung bringen. Konkret schlägt der Konzern vor, Subventionen künftig über Auktionen zu vergeben. Das bedeutet: Wer Winterstrom am günstigsten produzieren kann – ob durch Windkraft, Gas oder Gross-AKW –, erhält den Zuschlag.

Die Folge: Private Solaranlagen auf Hausdächern, die ihre Energie vor allem im Sommer produzieren, würden auf einen Schlag ihren Anspruch auf finanzielle Förderung verlieren.

## Kritik vom WWF und von der Energie-Stiftung

Verrat an der Energiewende? Paradigmenwechsel? Neben neuen AKW dürfte auch der Solar-Vorschlag unter der Bundeshauskuppel zu reden geben. Harsche Kritik an den Berichten gibt es schon jetzt – etwa vom WWF, von der Solarlobby oder der Schweizerischen Energie-Stiftung. Letztere wirft der Axpo vor, aus «Geschäftsinteressen» die Potenziale von Photovoltaik und Effizienzgewinnen systematisch zu unterschätzen, um die Atomkraft zu rehabilitieren.